

Wahlbausteine Herder Gymnasium

- 1) **Wie soll Köln dazu beitragen, die Klimaziele zu erreichen? (Bsp.: Vergünstigung des ÖPNV, Verlässlichkeit der KVB, ausreichend Grünflächen)**

Antwort:

Klimaschutz hat viele Aspekte: hier ein Ausschnitt

1. „Was man nicht regelmäßig misst, kann man nicht verbessern“ (P. Drucker).
 - a. Im ersten Klimamaßnahmenprogramm der Stadt waren regelmäßige Zahlen versprochen worden. Seitdem gab es einzelne Gutachten. Aber regelmäßige verlässliche CO₂-Werte wie die NO₂-Werte vom Clevischen Ring oder die Zahl der Arbeitslosen und Touristen – darauf warten wir noch. Deshalb ist unser Vertrauen in die Klimaschutzabteilung der Stadtverwaltung auch gering. Wenn die FDP heute „die Stadt, die rechnen kann“ fordert, dann geht es dabei nicht nur um Geld: Es geht um Politik auf Basis von systematisch und transparent gemessenen Fakten.
2. Wenn die Stadt in die Natur wächst, muss die Natur in die Stadt wachsen.
 - a. Wir brauchen mehr grüne Dächer und Fassaden. Das fängt mit den Bushäuschen an. Es fehlt nicht nur an Geld sondern auch daran, den Menschen, die das entscheiden, zu erklären wie es geht. Hochglanzbroschüren sind zu wenig.
 - b. Wir wollen, dass der Strunder Bach wieder offen durch Mülheim zum Rhein fließt und für gutes Klima sorgt. An drei Stellen, brauchen wir dafür mit Solarenergie beleuchtete Unterführungen. Das ist auch gut für die Wanderung von Fischen. Die Forderung findet man auch auf unseren Plakaten in Mülheim.
3. Der Köder muss der Fisch schmecken, nicht dem Angler

Der Spruch gilt auch für den Wunsch, Menschen mögen doch vom Auto auf KVB oder Fahrrad umsteigen. Für die Freie Demokratische Partei geht das nicht durch Einschränkung der Freiheit, wie man sein Leben organisiert. Manche Familien wollen ja nicht nur zwei Jobs sondern zwei Karrieren mit zwei Kindern verbinden – dazu sind KVB und Fahrrad in den Außenbezirken wie Flittard, Immendorf oder Auweiler und für Pendler von noch weiter weg noch nicht schnell genug.

- Freiheit braucht Sicherheit. Die FDP im Stadtbezirk Köln-Mülheim kämpft seit Jahren um mehr Licht auf dem Fuß/Radweg entlang der B8. Das Argument der Verwaltung: „weil dort niemand geht, ist Beleuchtung nicht notwendig – und sie schadet den Insekten“. Aber weil dort kein Licht ist, geht dort niemand zur KVB – sondern fährt mit dem Auto. Für die Insekten gibt es moderne Technik.
- Es gibt die Forderung nach niedrigeren Preisen für die KVB. Niedrigere Preise sollen dazu führen, dass mehr Menschen KVB fahren. Aber die Busse und Bahnen passen zu bestimmten Zeiten gar nicht mehr Menschen hinein! Es gibt eine tolle Liste von Bahnprojekten und die FDP unterstützt alle – auf den FDP-Plakaten in Köln-Mülheim findet man die Forderung nach der Straßenbahn Deutz-Flittard. Das Problem sind nicht die Preise

sondern der Personalmangel bei Bauingenieuren in der Verwaltung – und dass niemand den Lärm von Straßenbahnen bei sich haben will. Unsere Forderung ist: Bauen – dann reden wir über Preise. Außerdem reden wir über Sauberkeit, Zuverlässigkeit und komfortables WLAN – wenn man im Büro ist, sind die Emails schon gelesen, die Fahrt wird wie im ICE zu Arbeitszeit, wenn es nach uns geht. Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten. Wo das Ticket über Internet gekauft wird, kann man auch darüber reden, Preise von der Tageszeit abhängig zu machen – um Mitternacht sind Bus und Bahn nicht überfüllt. Da kommen wir dann wieder auf das Thema der gefühlten Sicherheit von der Haltestelle nach Hause zurück.

- Mit gutem Internet lässt sich Homeoffice organisieren, gibt es mehr Freiheit, zu arbeiten wo es sinnvoll passt. Homeoffice führt zu weniger Verkehr oder Menschen können Arbeiten und Lernen teilweise von daheim erledigen und dann später fahren, wenn Busse und Straßen frei sind. Es gibt in Köln immer noch Ecken mit lausiger Internetverbindung. Das muss sich ändern. Viel wichtiger ist, dass es im Umland noch viel mehr Ecken mit lausigem Internet gibt. Homeoffice-statt-Pendeln? Fehlanzeige! Um das Thema kümmert sich die FDP Köln im Regionalrat Köln. Auch da wählen Sie indirekt die FDP, wenn Sie der FDP Ihre Stimme für den Stadtrat abgeben.

4. **Klimaschutz durch Kooperation**

Unter dem Namen haben wir von der FDP ein Paket von Maßnahmen in den Umweltausschuss eingebracht (https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?_ktonr=281988). Dazu gehört,

- a. dass die in der Industrie überschüssige Wärme und der überschüssige Wasserstoff von der Rheinenergie verteilt wird, Ein Beispiel ist die Wasserstofftankstelle in Hürth: die Industrie liefert den Wasserstoff, die Stadt betreibt die Tankstelle und das kommunale Unternehmen RVK betreibt die Busse. Loks, Müllfahrzeuge, Lkw – in dem Thema geht noch was – und wir hängen nicht an Batterien aus Asien und Gas aus Russland – auch das ist ein Teil von Freiheit.
- b. dass wir mit unseren Partnerstädten, die sich weniger oder keinen Klimaschutz leisten können, zusammenarbeiten und das in unserer Klimabilanz berücksichtigen.

5. „Homo ludens“ (J. Huizinga) – Klimaschutz braucht vielfältige Rollen

Die FDP spielt im Klimaschutz eine andere Rolle als andere Parteien – aber die FDP-Rolle ist auch notwendig. E. Rogers hat 1962 schon versucht zu erklären, wie sich neue Ideen und Produkte verbreiten. Wie in der Wissenschaft üblich werden Modelle kritisiert und so weiterentwickelt. Ich nutze hier das Bild von Yang Liu aus Schweden (https://www.researchgate.net/publication/282468101_Virtual_design_and_construction_Innovation_process_and_diffusion_in_Finnish_construction_business/figures?lo=1, Entschuldigung, dass ich nicht übersetze).

2) Wie stehen Sie zum Anwohnerparken?

Antwort:

Anwohnerparken ist nur dort sinnvoll, wo zu bestimmten Uhrzeiten zu viele Nicht-Anwohner einen Parkplatz haben wollen. Deshalb sollte man das Anwohnerparken auf diese Uhrzeiten beschränken, z.B. in einem Büroviertel auf die Zeit tagsüber oder in einem Viertel mit viel Gastronomie auf den Abend.

Grundsätzlich hat sich das Kölner Prinzip bewährt: Anwohner können mit einer Anwohnerparkkarte, die nicht viel Geld kostet, das ganze Jahr über gratis parken. Alle anderen haben aber auch die Chance zu parken, indem sie einen Parkschein ziehen. Dieses System ist besser als in anderen Städten, wo es viele Zonen gibt, in denen nur Anwohner parken dürfen, wo Besucher aber keine Abstellmöglichkeiten haben.

Grundsätzlich will die FDP in Gebieten mit hohem Parkdruck neue Quartiersgaragen bauen, in denen die Anwohner ihre Autos abstellen können. Mittelfristig kann man durch solche Quartiersgaragen auch auf Parkplätze am Straßenrand verzichten und den Straßenraum neu aufteilen, z.B. durch breitere Gehwege, Flächen für Außengastronomie oder breitere Radstreifen.

3) Was halten Sie von einer Erweiterung des Rheinenergiestadions?

Köln hält das im Jahre 2003 mit eröffnete Rheinenergiestadion für eines der funktionalsten und schönsten Stadien in Deutschland. Darum hat das Rheinenergiestadion auch viele internationale Architekturpreise gewonnen. Die Zuschauerkapazität des Stadions wurde damals auf Wunsch des 1. FC Köln so gewählt. Eine Erweiterung ist für die Kölner FDP nur denkbar und möglich, wenn diese zu keiner weiteren Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner führt. Darum sollte bei der Überlegung einer Stadionerweiterung immer ein Dach mitgedacht werden.

4) Wie wollen Sie die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ausweiten? (Bsp. Wiener Platz)

Die Kölner FDP ist nicht für eine flächendeckende Videoüberwachung in der Stadt, hält sie aber an verschiedenen Hotspots der Gewalt und Kriminalität in Köln für notwendig und nützlich. Auch hat sich gezeigt, dass mit Videoüberwachung an U-Bahn-Stationen bzw. in den Bahnen Straftäter ausfindig gemacht werden konnten, die sonst nicht vor Gericht gelandet wären. Diese Fahndungserfolge sind somit auch ein erfolgreicher Opferschutz. Leider hat sich der Wiener Platz auch zu einem Hotspot entwickelt. Darum kann sich die Kölner FDP gut vorstellen auch an diesem Platz eine Videoanlage zu installieren.

5) Wie wollen Sie zunehmende soziale Spaltung zwischen Stadtteilen (Bsp. Chorweiler-Lindenthal) überwinden?

Wichtig ist es, passgenaue und dezentrale Konzepte zu entwickeln, die den Herausforderungen des jeweiligen Gebietes entsprechen. Auch innerhalb der Stadtbezirke sind die sozialen Gegebenheiten recht unterschiedlich. So gibt es z.B. auch in Chorweiler eher dörfliche Strukturen und in Lindenthal Gebiete, in denen viele Bezieher von Transferleistungen leben.

Hier ist neben der Sozialraumkoordination vor allem die Gemeinwesenarbeit von großer Bedeutung. Hier werden die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv in die Entwicklung ihres Quartiers miteinbezogen. Es hat sich nämlich gezeigt, dass Konzepte, die von externer Seite kommen häufig keine Wirkungen zeigen.

Aktivierung und Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort ist für uns generell sehr wichtig. So unterstützen wir Menschen vor Ort, die selbst zu einer Verbesserung ihrer Situation beitragen. Gute Beispiele sind hier die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sowie die Stadtteileltern. Hier bieten Menschen mit Migrationshintergrund Mitbürgerinnen und Mitbürgern gleicher Herkunft ihre Unterstützung bei Behördengängen, schulischen Problem etc. an.

Darüber hinaus wissen wir: Über Aufstiegschancen und soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit entscheidet vor allem die Bildung. Deshalb begrüßen wir die vom Land errichteten Talentschulen. In Köln sind das Schulen in Mülheim, Volkhoven/Weiler und in Buchheim. Ziel ist die Überwindung von sozialen Nachteilen. Talentschulen sollen zudem die Situation im umliegenden Quartier verbessern.

6) Welche Rezepte haben Sie gegen das Problem der steigenden Mieten – insbesondere im Hinblick auf die Situation von /Student-innen/en?

Antwort:

Die Mieten steigen nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage: Es gibt viele Leute, die eine Wohnung suchen, aber zu wenig Wohnungen. Die Lösung ist also ganz einfach: Es müssen viel mehr Wohnungen gebaut werden. Die Stadt hat seit Jahren das Ziel, dass in jedem Jahr 6000 neue Wohnungen gebaut werden sollen, tatsächlich sind es aber nur zwischen 2000 und 4000.

In Köln wurden in den letzten Jahren zu wenige neue Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen. Dies muss sich dringend ändern. Wohnbauflächen müssen vorrangig dort geschaffen werden, wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Wir setzen uns daher für eine großzügige Ausweisung von Baugebieten ein. Dem preiswerten Wohnen muss dabei ein besonderer Stellenwert zukommen. In den Außengebieten müssen deutlich größere Flächen erschlossen werden.

Die Liberalen fordern eine behutsame Nachverdichtung des urbanen Raums. Eine qualitativ hochwertige Verdichtung soll dabei zu einer Aufwertung des städtischen Raums führen. Durch eine gelungene Nachverdichtung kann die Versiegelung von Grünflächen am Stadtrand reduziert werden.

Wohnflächen können durch eine Aufstockung auf Gewerbeimmobilien, Garagen, Kindergärten etc. gewonnen werden. Der Ausbau von Dächern und die Aufstockung von

niedrigeren Wohngebäuden sind politisch und genehmigungsrechtlich zu unterstützen. Die Schließung von Baulücken muss weiter forcieren werden. An einzelnen Stellen könnte man höher bauen. Einzelne zusätzliche Hochhäuser sorgen für ein aufgelockertes Großstadt-Ambiente.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern sollen sich darauf konzentrieren, Bauland auszuweisen, Bebauungspläne aufzustellen und Baugenehmigungen zu erteilen. Dazu müssen die offenen Stellen bei der Stadtverwaltung besetzt werden, außerdem sollen Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt und Bauaufsichtsamt mehr Personal bekommen. Im Jahr 2019 hat die FDP im Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Köln eine Kleine Anfrage gestellt. Dabei kam heraus, dass im Bauaufsichtsamt, das für Baugenehmigungen zuständig ist, 30% der Stellen unbesetzt ist. Man kann sich also nicht wundern, dass die Genehmigungen lange Zeit unbearbeitet bleiben. Die Stellen müssen besetzt werden und neue geschaffen werden. Um die Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich zu erleichtern, müssen Möglichkeiten einer besseren Bezahlung geschaffen werden.

Die Stadt hat in der Vergangenheit ihre Grundstücke oft an den meist bietenden Investor verkauft. Dabei haben Genossenschaften und privat organisierte Baugruppen das Nachsehen. Um ihnen eine Chance zu geben, müssen Vergaben durchgeführt werden, die sich gezielt an Genossenschaften, Baugruppen und andere wenden, die ihre Wohnungsbestände langfristig halten. In diesem Rahmen können Grundstücke günstiger abgegeben oder im Einzelfall in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Auch das Studierendenwerk kann im Zuge solcher Vergaben gezielt bevorzugt werden.

7) Welche Investitionen in die städtische Infrastruktur wollen Sie in den nächsten Jahren priorisieren?

Antwort:

Wenn die FDP die dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur priorisieren müsste, dann würden wir Maßnahmen für den erforderlichen Bau von über 40 Schulen, für den Ausbau des Schienennetzes der KVB und zum Bau neuer Wohnungen in den Vordergrund rücken.

8) Wie wollen Sie die teils katastrophalen baulichen und hygienischen Zustände an den Schulen verbessern.

Antwort:

Die Probleme an Schulen sind bekannt, die meisten Beschlüsse für Sanierung und/oder Modernisierung sind gefällt, das Geld ist im Haushalt eingestellt, aber uns fehlen die Menschen, die diese Aufgaben umsetzen. Die Verwaltung und hier die Gebäudewirtschaft ist nach Meinung der FDP durch die bestehenden Strukturen nicht in der Lage die Aufgaben zu projektieren. Dies ist aber dringend notwendig, selbst wenn dann die Ingenieur-Aufträge nach außen vergeben werden. Wir brauchen einen effektiven Baubetrieb und dafür müssen wir die Gebäudewirtschaft auf eigene Füße stellen. In einem angespannten Markt (es wird so viel gebaut wie noch nie) und zunehmenden Fachkräftemangel muss die Gebäudewirtschaft nach Ansicht der FDP mit ihren Job-Angeboten gegen Ingenieurbüros bestehen, die ihren Mitarbeitern zurzeit ein Vielfaches zahlen können. Außerdem muss die Vergabepaxis für Handwerksleistungen an den freien Markt angepasst werden, da die Prozesse zu lang und zu kompliziert sind. Viele Handwerker wollen gar nicht mehr für die Stadt bauen.

9) Bekommen Sie die Schulen fit, fürs digitale Zeitalter?

Antwort:

Unsere Schulen sind nun fast alle an ein modernes Glasfasernetz angeschlossen. Die FDP fordert den Schulträger auf jetzt auch die digitale Infrastruktur an Schulen so auszubauen, dass jeder Raum in der Schule über ein ausreichend schnelles Internet über W-Lan verfügt. Schon im Lockdown hat die FDP dafür gesorgt, dass Schüler aus schwierigen finanziellen Verhältnissen Geräte von der Schule geliehen bekommen. Ein erster Schritt muss es sein alle Schüler, deren Familien sich kein vernünftiges Endgerät leisten können mit einem solchen auszustatten. Das Fernziel aber sollte sein, dass ALLE Schüler durch die Schule mit einem digitalen Endgerät ausgestattet sind und darüber auch die Schulbücher ersetzt werden. Eine zusätzliche Forderung der FDP ist es, dass an den Schulen IT-ler arbeiten, die nur für die Betreuung der Hard- und Software zuständig sind, damit diese ganzen Investitionen nicht nach einem halben Jahr ungenutzt in der Ecke liegen. Es geht in unseren Augen nicht, dass Lehrer dafür abgestellt werden.

10) Wie wollen Sie das Problem der Verschuldung in Zeiten von Corona angehen?

Antwort:

Die Kölner FDP war bei Ihrer Mitarbeit bei der Verabschiedung des Kölner Haushaltes froh und stolz in den letzten Jahren mit erreicht zu haben, dass in der Finanzplanung für 2023 eigentlich ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung vorgesehen war. Dies ist ein besonderer Erfolg auch für die zukünftigen Generationen, die die angehäuften Schulden begleichen müssen. Dann kam Corona und die finanziellen Auswirkungen für den Kölner Haushalt sind noch nicht abzusehen, da diese stark abhängig vom Erfolg oder Misserfolg der Kölner Wirtschaft sind. Für 2020 haben sich Bund und Land verpflichtet die Einbrüche durch Corona bei den Gewerbesteuerzahlungen vollständig auszugleichen. Ob dieser finanzielle Kraftakt von Bund und Ländern auch 2021 erfolgen wird, ist abzuwarten. Dennoch hat die Stadt Köln auch weitere finanzielle Belastungen, indem Gebühren z.B. für die Außengastronomie ausgesetzt, sowie weitere Zahlungsprogramme für Kleingewerbe und Kulturschaffende aufgelegt wurden. Die Kölner FDP will so schnell wie möglich wieder zu einem Haushalt ohne Verschuldung zurückkommen. Die Kölner FDP schlägt dazu vor, alle Zahlungen bzw. Einbußen durch Corona gesamt im Kölner Haushalt zu budgetieren und wie einen Darlehensvertrag für den Bau eines Hauses langjährig abzubezahlen. Dadurch werden die Belastungen pro Jahr verringert um weitere Investitionen wie z.B. für den Schulbau oder für andere Infrastrukturzwecke zu haben und gleichzeitig auf einen ausgeglichenen Haushalt hinzuarbeiten.

11) Haben Sie Pläne für Bürokratieabbau und für eine effizientere Verwaltung? (z.B. Einbürgerung, Genehmigung von Bauanträgen)

Antwort:

Bürokratieabbau ist ein wichtiges Thema der FDP. Allerdings betrifft dies die Landes- und Bundesebene. Beispiele: <https://www.land.nrw.de/tags/buerokratieabbau> und <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914031.pdf>

In Köln geht es eher um die effizientere Verwaltung. OB Reker ist vor fünf Jahren mit dem Ziel der Verwaltungsreform angetreten, ist damit aber noch nicht sehr weit gekommen. Man

muss ihr zugestehen, dass solche Prozesse nur langsam vorangehen. Trotzdem wäre mehr Ehrgeiz notwendig.